

Der Juraprofessor Christoph Möllers lehrt an der Humboldt-Universität. Er vertritt die Bundesregierung in mehreren Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht – unter anderem zu den Rettungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank. Foto Andreas Pein

Herr Möllers, Griechenland bleibt im Euro, und es bekommt ein drittes Hilfspaket. Ist das gut oder schlecht für Europa?

Das Ergebnis ist gut für Europa, der Verhandlungsprozess war schlecht. Da wurden sehr technische Fragen der Haushaltskonsolidierung mit sehr grundsätzlichen Fragen der Europapolitik verbunden.

Wo liegt der Fehler?

Im Grunde in der Art und Weise, wie man den Euro eingeführt hat. Er ist eine typisch europäische Konstruktion: Man will bestimmte positive Dinge haben, aber nicht die negativen Folgen tragen. Man will eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Viele europäische Entscheidungen funktionieren so, dass man die Folgen der eigenen Präferenzen verdrängt und die nationale Kontrolle behalten will. Eine solche Teileuropäisierung funktioniert nicht.

Wie sinnvoll ist es denn, sich mit einem dritten Hilfspaket weiter durchzuwursteln? Wäre der Grexit nicht die saubere Lösung gewesen?

Viele Ökonomen halten das für einen sauberen Weg, mit dem man die Regeln stärkt. Das scheinen mir Phantasien zu sein. Die Form von Regelmäßigkeit, die wir uns aus dem deutschen Recht erträumen, werden wir in Europa nicht bekommen. Der Ausstieg hätte die größeren Schwierigkeiten bereitet.

Warum?

Es ist immer schwieriger, etwas auseinanderzunehmen, als es gar nicht erst zusammenzufügen. Griechenland wäre bei einem Grexit im Elend versunken, und die anderen Europäer hätten ihre Hilfskredite sofort abschreiben müssen. Und ein Anreiz für andere Länder sind die Auflagen, die Griechenland jetzt akzeptiert hat, nun wirklich nicht. Die spanischen Wähler werden kaum sagen: Syriza hat einen tollen Trick gemacht, das wollen wir unbedingt wiederholen. Jetzt geht es eben weiter wie immer. Das ist die europäische Art. Sie sieht hässlich aus, aber sie führt zäh und stetig weiter.

Mit dem Privatisierungsfonds gibt Griechenland erstmals Souveränität ab. Ist das überhaupt erlaubt?

Mit Zustimmung Griechenlands schon. Trotzdem ist es kein gutes Modell. Man sieht hier wie so oft, wie diese Ad-hoc-Lösungen in letzter Minute unglaublich viel symbolisches Kapital verbrennen. Die EU hat auf alles immer eine institutionelle Antwort, doch es gibt Dinge, die sich institutionell gar nicht lösen lassen. Hinzu kommt, dass niemand weiß, ob es wirklich so viel zu privatisieren gibt. Vor allem ist Privatisierung ein politisch hochumstrittenes Thema. Wenn man das Verfahren obendrein an einen privatrechtlich organisierten Fonds abgibt, ruft man noch stärkeren Widerstand hervor. Für Privatisierungskritiker ist das ein Ausverkauf. Das kann nicht gut sein.

Wäre es besser gewesen, gleich die Steuerverwaltung zu übernehmen?

Diese Verwaltung steht ja im direkten Kontakt mit dem Bürger, da wären die Legitimationsprobleme noch viel größer. Eine internationale Steuerverwaltung wäre beinahe wie eine Besatzungsmacht. Da ist der Privatisierungsfonds doch das kleinere Übel.

Rechtlich setzt ein neues Hilfsprogramm voraus, dass durch die Griechenland-Krise der Euro als Ganzes in Gefahr ist. Stimmt das überhaupt?

Da gibt es einen Widerspruch. In den vergangenen Wochen hat die Bundesregierung immer behauptet, die Euro-Krise sei eingeeht und ein Grexit keine Gefahr. Jetzt wird sie zur Begründung des Hilfsprogramms das Gegenteil behaupten müssen. Das hängt aber an einer politischen Einschätzung des Parlaments, die sich juristisch schwerlich überprüfen lässt. Von daher werden Gerichte das Programm kaum kippen.

Tsipras hat in einem Referendum erst die EU-Vorschläge ablehnen lassen, um sie dann in verschärfter Form zu akzeptieren. Das ist doch verrückt?

Als innenpolitisches Kalkül war es richtig, weil er damit seine Person von seiner Partei gelöst und sich Bewegungsfreiheit verschafft hat. Die Referendumsfrage hat sowieso niemand verstanden, deshalb waren die 60 Prozent Neinstimmen vor allem ein persönliches Votum für ihn. Und außenpolitisch hat das Referendum einen Spalt zwischen die Verhandlungspartner getrieben. Vorher wa-



Europa sieht hässlich aus. Na und?

Was soll man in der Krise anderes tun, als sich durchzuwursteln, findet der Staatsrechtler Christoph Möllers

ren alle gegen Griechenland, danach hatten Frankreich und Deutschland eine unterschiedliche Position. Der Kombination aus drohendem Grexit und aufgefrishtem Mandat für Tsipras konnten die anderen schwerer widerstehen.

Also war es ein persönliches Plebiszit, wie man es aus halbautoritären Systemen kennt?

Ich finde das nicht gut, aber deswegen ist es noch nicht autoritär. Auch der Britte Cameron nutzt das geplante EU-Referendum für politische Zwecke, die über die eigentliche Frage hinausgehen. Die Franzosen haben seinerzeit die Europäische Verfassung abgelehnt und nach einer kurzen Schamfrist den Lissabon-Vertrag beschlossen – mit demselben Inhalt. Wir haben in Deutschland eine ungewöhnlich regelhafte Vorstellung von Demokratie. Zum Beispiel die Idee, dass man sich unter allen Umständen an Wahlversprechen halten müsse. Das geht schon bei uns nicht auf, und auf andere Länder lässt es sich erst recht nicht übertragen.

Wie steht es um die Legitimation einer Bundeskanzlerin, die in einer zentralen Frage 60 Gegenstimmen aus der eigenen Fraktion kassiert hat?

Auch das ist eine typisch deutsche Frage. Wir halten stabile Mehrheiten für das A und O. Aber ich sehe nicht, dass sich eine große Koalition von Minderheiten ihre Politik diktieren lassen soll. Mehrheit bleibt Mehrheit, auch wenn sie diesmal etwas knapper ausfiel. Für die Kanzlerin ist es doch sehr kommod, wenn nur die Linkspartei gegen die Griechenrettung stimmt und der rechte Flügel der Union. Eine Rechts-Links-Unterscheidung sehe ich in dieser Frage nicht. Das Problem der SPD ist eher, dass sie das Finanzministerium nicht besetzt hat. Deshalb laufen die Dinge jetzt an ihr vorbei, und sie versucht sich mit Einwürlen vom Spielfeldrand.

Immerhin geht sie damit den internationalen Hasstiraden aus dem Weg, die Wolfgang Schäuble jetzt auf sich zieht.

Es ist schrecklich, was jetzt über den deutschen Finanzminister ausgegossen wird. Da sieht man die Präsenz unserer Vergangenheit. Wir werden nicht behandelt wie andere Staaten, darüber dürfen wir uns keine Illusionen machen. Wir repräsentieren einen bestimmten ökonomischen Typus, wir sind der größte Mitgliedstaat, wir haben unsere Geschichte. Wenn wir unsere Verbündeten nur in Nordeuropa finden, haben wir ein Problem.

Bei Schäuble hatte man zeitweise den Eindruck: Er will die Griechen unbedingt hinauswerfen, weil sie seinen Traum vom gemeinsamen Europa behindern.

Ach was! Dahinter steckte doch nur die typische Aufgabenteilung in einer Regierung. Das Fachministerium muss seiner eigenen Logik folgen, und das ist nun mal die Logik der Zahlen. Die Regierungschefin muss die allgemeine Verantwortung übernehmen, sie steht am Ende in den Geschichtsbüchern. Kraft ihres Amtes muss sie sagen, dass es manchmal Größeres gibt als den Haushalt. Wenn Schäuble der Kanzler wäre und Merkel seine Finanzministerin, hätten sie sich genau umgekehrt verhalten.

Sie haben vor einem Zerbröseln der EU gewarnt. Ist das abgewendet?

Nicht unbedingt. Das hängt davon ab, wie sich die anderen Staaten wirtschaftlich entwickeln. Ob wir sagen können: Griechenland ist ein extremer Sonderfall. Es kommt auf die Entwicklung der Weltwirtschaft an oder auf die anstehenden Wahlen etwa in Spanien. Wir sind in einem sehr flüssigen Prozess, da ist der Erhalt des Status quo schon eine Erregungsschäft.

Die europäischen Präsidenten haben jüngst eine Vertiefung der Union vorgeschlagen. Ist das der richtige Weg?

Mittelfristig vielleicht schon. Im Moment sehe ich nicht, dass die große Vergemeinschaftung beginnt. Wir haben gerade sehr viel Druck in die andere

Richtung, zum Beispiel durch die Briten. Im Übrigen haben die Präsidenten ein sehr typisches EU-Papier geschrieben, das nur einige technokratische Änderungen vorschlägt. Das sind nicht die Dinge, die man sich als Vertiefung der Europäischen Union erträumt. Aber wir müssen auch sehen: In den vergangenen drei Jahrzehnten ist alles sehr schnell gegangen, die EU hat sich rasant entwickelt. Diese galoppierende Europäisierung müssen wir erst mal verdauen.

Ging die Integration zu schnell?

Klar ist: Seit den frühen neunziger Jahren stößt das europäische Projekt an Grenzen. Schon für den Maastricht-Vertrag gab es in Frankreich nur eine ganz knappe Mehrheit. Die Mitgliedstaaten werden wieder mächtiger, auf Kosten der EU-Kommission. Diese Entwicklung wurde durch die Euroeinführung nur überdeckt.

Die Idee einer immer engeren Union haben Sie abgeschrieben?

Auf längere Sicht überhaupt nicht. Aber wir lernen gerade: Es ist nicht immer nur angenehm, mit so vielen Staaten so eng zusammenzuleben. Wir lernen allerdings auch, dass wir die anderen nicht loswerden. Ich finde das Bild der europäischen Staatenfamilie sehr schön: Das sind Leute, die man vielleicht nicht immer mag, mit denen man aber den Rest des Lebens verbringen wird. Die deutsche Öffentlichkeit muss lernen, dass es nicht nur Briten, Dänen oder Finnen gibt. Sondern dass man sich auch mit ganz anderen Arten des Wirtschaftens arrangieren muss.

Haben wir durch den Streit um die Euro-Krise so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit bekommen?

Die Eurokritiker sagen immer, die Gemeinshaftswährung habe die Völker in die Feindschaft getrieben. Da ist was dran. Aber dazu muss man eben auch sagen: Politisierung verläuft niemals harmonisch. Sie fühlt sich erst mal schlecht

an. Man bekommt Konflikte, deren Ende man nicht absehen kann. Man streitet sich, wie in der Innenpolitik. Da müssen wir durch.

Der Erhalt des Status quo ist fürs Erste schon ein Erfolg?

Wenn ich mir eine EU nach meinen eigenen Vorstellungen malen könnte, dann würde ich mir durchaus Schritte zur Vertiefung wünschen.

Und zwar?

Letztlich gehört zu jeder politischen Einheit das Recht auf eigene Einnahmen. Das Europäische Parlament wird erst dann eine echte Volksvertretung sein, wenn es eigene Steuern erheben kann. Bisher lebt die EU von dem Geld, das auf nationaler Ebene erhoben wird. Formal entscheiden darüber die nationalen Parlamente, faktisch bestimmen die Regierungen. Das ist nicht besonders demokratisch.

Macht die Bevölkerung da mit?

Das werden wir sehen. Und wenn nicht, dann lassen wir es eben. Das Problem der deutschen Europadebatte ist ja, dass sie rein ideologisch geführt wird, ein offenes Gespräch über Kosten und Nutzen findet nicht statt. Alle Parteien sind erst mal europafreundlich, die Kritik wird an eine Kleinpartei abgegeben. Auf der anderen Seite spricht niemand über den Nutzen, den wir aus der Euro-Krise ziehen: Die niedrigen Zinsen entlasten den Staatshaushalt, die billige Währung fördert den Export. Stattdessen wird die europäische Einigung nur als historische Verpflichtung dargestellt.

Und der Streit wird aus dem Parlament ins Verfassungsgericht verlegt?

Das ist eine Art Kompensation. Die interessanteste Debatte über die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank fand in Karlsruhe statt. Da trafen die Positionen von EZB und Bundesbank aufeinander, beide mussten ihre Position öffentlich erklären. Das war ungemein ergebnisreich. Ob das auf Dauer die Funkti-

on eines Gerichts sein kann, mag man allerdings bezweifeln.

Warum scheut die deutsche Politik diese Auseinandersetzung?

Weil sie mittlerweile eine unglaubliche Angst vor der Öffentlichkeit hat. Alle sind traumatisiert vom Scheitern Gerhard Schröders. Er war der letzte Politiker, der mit seiner Arbeitsmarktreform etwas gewagt hat. Das hat die SPD dauerhaft gezeichnet, und das haben sich alle anderen gemerkt.

Mit dem neuen Hilfspaket wagt die Kanzlerin durchaus etwas, oder?

Naja, sie geht ja nicht mit einer eigenen Position nach vorn. Sie stellt das Ergebnis europäischer Verhandlungen zur Abstimmung und sagt: Ich habe herausgeholt, was möglich war. Das ist keine echte politische Auseinandersetzung.

Um es jetzt mal positiv zu wenden: Was war in Ihren Augen der gelungenste Schritt in Europa?

Die Entwicklung des Europäischen Parlaments. Die wird oft unterschätzt. Früher waren die Abgeordneten vielfach Befehlspfeiler ihrer nationalen Regierungen. Das hat sich radikal geändert. Heute handelt es sich um ein echtes Parlament, das sich von den nationalen Ursprüngen verselbständigt hat. Es bringt auch interessante Leute hervor. Die Parlamentarier leisten eine immense Kontrollarbeit, sie piesacken die Kommission. Sie stellen Regierungschefs wie Viktor Orbán oder Alexis Tsipras öffentlich zur Rede. Und sie diskutieren viel kontroverser über Europa als die nationalen Parlamente, weil hier mehr Eurokritiker sitzen. Das tut der Debatte gut.

Wird es die Europäische Union in zehn Jahren noch geben?

Natürlich.

Und den Euro?

Ebenfalls. Dass es schlimmer kommt als jetzt mit Griechenland, das kann ich mir nun wirklich nicht vorstellen.

Das Gespräch führten Ralph Bollmann und Corinna Budras.